

Präsidium des Nationalrates

Dr. Karl Renner Ring 3
1017 Wien

GEMITTELTES GESETZESENTWURF	
Zl.	131-GE/19 P2
Datum:	30. NOV. 1992
Verteilt	1. Dez. 1992 Hoff

25-fach zur gefälligen Kenntnis.

H. Klauingrober

Für die Konferenz der Vorsitzenden der
Unabhängigen Verwaltungssenate
in den Ländern:

Dr Traxler

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Brauneder

UNABHÄNGIGER VERWALTUNGSSENAT BURGENLAND

Neusiedler Straße 35-37/8

7001 Eisenstadt

Parteienverkehr:
Di: 08.00-12.00 Uhr

Tel. 02682/66811 Kl. 11 (DW)
Fax: 02682/66811/90
DVR: 0660558

Zahl: 01/23/91 029/64

Eisenstadt, am 26 11 1992

Entwurf eines Bundesgesetzes über
den Transport von Tieren auf der Straße
(Tiertransportgesetz-Straße - TGSt),
Stellungnahme

An das
Bundesministerium
für öffentliche Wirtschaft
und Verkehr

Radetzkystraße 2
1030 Wien

Zum Entwurf eines Tiertransportgesetzes nimmt die Konferenz der
Vorsitzenden der Unabhängigen Verwaltungssenate in den Ländern
Stellung wie folgt:

- 1) Gemäß § 16 Abs 3 TGSt haben über Berufungen gegen Bescheide
des Landeshauptmannes, die in erster Instanz ergehen, die
unabhängigen Verwaltungssenate in den Ländern zu entscheiden.
Der Landeshauptmann ist gemäß § 16 Abs 2 des Entwurfes in
erster Instanz für die Erteilung (aber auch Versagung) einer
Bewilligung im Sinne des § 5 Abs 2 leg cit zuständig, wobei die
örtliche Zuständigkeit jenes Landeshauptmannes normiert ist, in
dessen örtlichen Wirkungsbereich der Transport beginnt. Für den
Fall, daß ein Schlachttiertransport durch den örtlichen Wir-
kungsbereich von zwei oder mehreren Landeshauptmännern führen
soll, hat der Landeshauptmann, in dessen örtlichem Wirkungsbe-
reich der Transport beginnt, das Einvernehmen mit den übrigen
betroffenen Landeshauptmännern herzustellen.

Wenn gesetzlich vorgesehen wird, daß die Entscheidungen in
erster Instanz unmittelbar beim unabhängigen Verwaltungssenat
angefochten werden können, dann darf - weil es sich hier um
eine Angelegenheit der mittelbaren Bundesverwaltung handelt -
gemäß Art 129a Abs 2 B-VG ein derartiges Bundesgesetz nur mit
Zustimmung der beteiligten Länder kundgemacht werden. Auf die-
sen Umstand wird ausdrücklich hingewiesen, weil die Erläuterun-
gen zu § 16 Abs 3 des Entwurfes diesbezüglich keinerlei Hinweis
enthalten. Das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 01
Oktober 1992, G 103-107/92, hat die diesbezügliche Rechtslage
wohl endgültig klargestellt.

- 2 -

Was die Erteilung dieser Zustimmung betrifft, wird bemerkt, daß nicht erkennbar ist, warum die unabhängigen Verwaltungssenate gerade in der gegenständlichen Angelegenheit eine Zuständigkeit erhalten sollen. Die Verwaltungssenate vertreten die Auffassung, daß bei der Übertragung von neuen Aufgaben an sie planmäßig und unter Beachtung gewisser Grundsätze vorgegangen werden sollte. Ein solches Konzept würde insbesondere die Übertragung von Zuständigkeiten darstellen, bei denen es um die Entscheidung über "civil rights and obligations" im Verwaltungswege geht. Die Erläuterungen enthalten keinen Hinweis, daß dies etwa bei Entscheidungen gemäß § 16 Abs 3 TGSt zutrifft. Als "Konzept" fällt lediglich auf, daß das Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr weiter von Individualentscheidungen entlastet werden soll, wie dies bereits mit dem, soweit bekannt, ohne Zustimmung der Länder erlassenen und daher als verfassungswidrig erachteten Bundesgesetz BGBl Nr 452/1992 (sog Vollzugszuständigkeiten-Änderungsgesetz) verfolgt wurde. Hinzuweisen ist jedenfalls darauf, daß den Ländern als Kostenträger der Verwaltungssenate ebenfalls Kosten - insbesondere Personalkosten - in unbekannter Höhe entstehen werden, worauf die Erläuterungen allerdings mit keinem Wort eingehen.

- 2) Auch wenn anzunehmen ist, daß nach § 16 Abs 3 TGSt die örtliche Zuständigkeit des entscheidenden Landeshauptmannes die örtliche Zuständigkeit des unabhängigen Verwaltungssenaates nach sich zieht, könnte es doch zu Zweifel kommen, weshalb eine diesbezüglich klare Zuständigkeitsregelung wünschenswert erscheint.

Die örtliche Zuständigkeitsproblematik verschärft sich im Verwaltungsstrafverfahren insofern, als gemäß dem derzeit noch geltenden § 51 Abs 1 VStG die örtliche Zuständigkeit jenes unabhängigen Verwaltungssenaates begründet wird, in dessen Sprengel nach dem Ausspruch der Behörde erster Instanz die Tat begangen wurde. Es ist vorauszusehen, daß bei Tiertransporten durch mehrere Länder der Spruch des Straferkenntnisses nicht immer so mängelfrei ist, daß daraus ohne Schwierigkeiten die örtliche Zuständigkeit des für das Verwaltungsstrafverfahren letztlich zuständigen unabhängigen Verwaltungssenaates ergründbar ist.

Es wird deshalb vorgeschlagen, den § 18 mit einem Absatz dahingehend zu ergänzen, daß bei Tiertransporten, die eine Landesgrenze überschreiten, im Verwaltungsstrafverfahren jener unabhängige Verwaltungssenat örtlich zuständig ist, in dessen Land der Tiertransport beginnt.

Für die Konferenz der Vorsitzenden der
Unabhängigen Verwaltungssenate
in den Ländern:

Dr Traxler

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Braunöder